



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 5. Juli 2023

Von Wolfgang Liedtke

Die letzte Sitzung vor der Sommerpause versprach kurz zu werden, gab es doch nur wenige Geschäfte neben der Bestätigung von 15 Einbürgerungsanträgen. Offenbar weilten auch schon einige Gemeinderäte in den Ferien, denn es fehlten acht Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

Zu Beginn der Sitzung wurde des verstorbenen Alt-Gemeinderates Hans Weber (SP) gedacht, der dem Rat von 1974 bis 1990 angehörte und 1986/87 Ratspräsident war.

Fragestunde

Nächtliche Beleuchtung im Stadthaus – Sammlung von Altpapier – Stadthausareal – Neuer Entsorgungspark - Plastikentsorgung

In der letzten Sitzung des Gemeinderates hatte Daniel Frei (FW) sich nach dem Grund für die nächtliche Beleuchtung des 1. Obergeschosses des Stadthauses erkundigt. Stadträtin Karin Fein (FW) informiert nun darüber, dass die Beleuchtung durch einen technischen Defekt der Bewegungsmelder ausgelöst würde. Eine noch ausstehende Beantwortung einer Frage von Renata Vasella (SP) zum Wochenmarkt wurde verschoben, da die Fragestellerin noch nicht eingetroffen war.

Simon Schanz (Die Mitte) erläuterte, dass die monatliche Haussammlung von Altpapier durch Adliswiler Vereine für diese immer weniger attraktiv wäre, weil die Vereine inzwischen häufig für die geliehenen Fahrzeuge bezahlen müssten. Ein Verein habe bereits aufgegeben, da sich der Einsatz finanziell nicht mehr lohne. Er wollte wissen, wer das Sammeln übernimmt, wenn weitere Vereine sich zurückziehen, und ob die Entschädigung nicht verbessert werden kann. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) legte dar, dass aktuell bereits drei von zwölf Sammlungen im Jahr von einer Entsorgungsfirma durchgeführt würden. Da die Altpapiermenge rückläufig sei, würden auch die Einnahmen zurückgehen und damit die Beträge, die pro Tonne an die Vereine gezahlt würden. Zuletzt hatten die Vereine 100 Franken pro Tonne erhalten, die Entsorgungsfirma koste 135 Franken pro Tonne.

Pascal Welte (Grüne) erkundigte sich nach dem Stand der Planung für das Stadthausareal. Stadträtin Karin Fein (FW) teilte mit, dass der Stadtrat am Vorabend einen Beschluss zum weiteren Vorgehen gefasst habe und dass in den nächsten Tagen eine Medienmitteilung dazu erfolgen werde.

Bei den anschliessenden mündlichen Fragen wollte Kanny Muthuthamby (SP) wissen, wie der geplante neue Entsorgungspark finanziert werden soll. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erklärte, dass eine Spezialfinanzierung zum Tragen komme, die aus den Entsorgungsgebühren der beteiligten Gemeinden gespeist werde. Die Finanzierung wird über einen Schlüssel auf die Gemeinden der Region verteilt. Auf die Nachfrage von Kanny Muthuthamby, wieviel der Adliswiler Steuerzahler beitragen müsse, antwortete Stadträtin Karin Fein (FW), dass die Finanzierung nicht zu Lasten der Steuerzahler gehe, sondern mit Rückstellungen aus den Gebühren finanziert werden.

Bernie Corrodi (FW) erkundigte sich, ob die Stadt eine erneute Information der Bevölkerung über den Pilotversuch Plastikentsorgung mittels Flyer in Betracht ziehe. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) versprach, die Versendung eines zweiten Flyers in Betracht zu ziehen.

Leistungsziele und Indikatoren 2024

Nach Annahme der 15 Einbürgerungsanträge und einer Pause hatte der Gemeinderat die Anpassung von Leistungszielen und Indikatoren zu genehmigen. Budget und Jahresrechnung

nach New Public Management erlaubt eine Steuerung und Kontrolle der städtischen Finanzen über die Definition der Leistungsziele und der Indikatoren, über welche die Erfüllung dieser Ziele gesteuert und kontrolliert werden kann. Ziele wie auch Indikatoren müssen immer wieder überprüft und angepasst werden, um Änderungen durch rechtliche Rahmenbedingungen oder andere Entwicklungen abzubilden.

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) beantragte die Annahme der vom Stadtrat vorgeschlagenen Anpassungen. Der Gemeinderat folgte dieser Empfehlung einstimmig.

Aufwertung des Zentrums durch Kauf, Neubau und Verkauf von Liegenschaften an der Albisstrasse

Mit einem Postulat wollten drei Mitglieder der freisinnigen Fraktion dem Stadtrat empfehlen zu prüfen, ob er das Ortszentrum nicht aufwerten könne, indem er die «Problemliegenschaft» Albisstrasse 7-9 aufkauft, abreisst, einen Neubau erstellt und die Liegenschaft dann wieder verkauft. Der Stadtrat beantwortete den Vorstoss mit dem Hinweis, dass ein Erwerb der Liegenschaft daran scheitere, dass der Eigentümer nicht verkaufen wolle. Ausserdem bezweifelte der Stadtrat, dass mit dieser Massnahme eine Aufwertung des Zentrums oder der Albisstrasse möglich sei.

In ihrer Begründung passte die Erstunterzeichnende Vera Buchmann Bach (FDP) die Intention des Vorstosses insoweit an, dass sie die Liegenschaft Albisstrasse 7-9 nur als Beispiel verstanden haben wollte, das vorgeschlagenen Vorgehen vielmehr auch als Option für andere Liegenschaften empfahl. Sie begründete das mit dem ihrer Ansicht nach langsamem Fortschritt bei der Entwicklung des Areals Zentrum-Süd. Die Antwort des Stadtrates bezeichnete sie als «schwammig».

Als erster Redner der Debatte argumentierte Wolfgang Liedtke (SP) wie folgt:

Liebe Postulanten, ich muss gestehen, dass Euer Vorstoss zu hitzigen Diskussionen und Ratlosigkeit in der sozialdemokratischen Fraktion geführt hat.

Die eine Seite behauptete, die Freisinnigen hätten sich auf ihre Zürcher Wurzeln des 19. Jahrhunderts besonnen und würden die Bedeutung der Verantwortung durch Eigentum bejahen. Sie hätten ausserdem erkannt, dass die Einflussnahme auf die Ortsgestaltung über den Erwerb von Liegenschaften eine Kernaufgabe von Gemeinden ist.

Die andere Seite war sehr aufgebracht darüber, dass die freisinnige Fraktion der Linken ihr Alleinstellungsmerkmal, nämlich Enteignung, nehmen will.

Nachdem sich die Gemüter beruhigt hatten, konnten wir uns mit dem Inhalt des Postulats auseinandersetzen. Ich glaube niemand hier im Rat wird bestreiten, dass das Gebäude an der Albisstrasse 7-9 – also ohne Albisstrasse 11 mit Frau Burri - einen traurigen Anblick bietet. Und das schon seit Jahrzehnten. Man hätte besser vor 70 Jahren den Gasthof Adler stehen gelassen. Aber wie soll die Stadt in den Besitz der Liegenschaft gelangen? Klar, sie kann ein Kaufangebot machen. In seiner Antwort weist der Stadtrat aber darauf hin, dass der Eigentümer gar nicht an einem Verkauf interessiert ist. Und falls doch: die heutige Diskussion hier im Rat würde den Preis hochtreiben. Also enteignen?

Nehmen wir einmal an, der Erwerb der Liegenschaft gelingt. Warum soll die Stadt dann diese Liegenschaft wieder verkaufen – und damit ihre Einflussmöglichkeit auf die Ortsgestaltung, für die man viel Geld auf den Tisch gelegt hat, später wieder aus der Hand geben?

Die richtige Lösung wäre dann eine Abgabe im Baurecht. Auf diese Weise könnte ein Verlustgeschäft durch Kauf, Abriss, Neubau und späterem Wiederverkauf vermieden werden und auch bei einem hohen Kaufpreis das Geschäft über lange Sicht lukrativ für die Stadt sein. Aber der wesentliche Punkt ist dieser: Der Abriss und der Neubau eines einzigen Gebäudes reicht bei weitem nicht aus, um die Zentrumsattraktivität zu erhöhen. Aus Sicht der SP-Fraktion wären weitreichende Gestaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität an der Albisstrasse zu erhöhen.

Ideal wäre beispielsweise eine Fussgängerzone zwischen den beiden Kreisverkehren auf der Albisstrasse. Verkehrstechnisch könnte dies möglich werden, sobald der neue Anschluss der Poststrasse an die HVS realisiert worden ist. Das ist – zugegeben – eine Vision, für die noch

viel Überzeugungsarbeit geleistet werden müsste und die rechtlich mit dem Kanton geklärt werden müsste. Auch müssten die daraus resultierenden Verkehrsströme vorher analysiert werden.

Der Vorschlag der Postulanten ist aus unserer Sicht für die Aufwertung der Albisstrasse untauglich und die SP-Fraktion wird deshalb der Empfehlung des Stadtrates folgen und eine Überweisung ablehnen.

Daniel Frei (FW) gestand, auch seine Fraktion sei irritiert gewesen, einen solchen Vorschlag von den Freisinnigen zu sehen. Er sah mit dem vorgeschlagenen Vorgehen ein finanzielles Risiko für die Stadt bei einem ungewissen Ergebnis. Jacqueline Schoch (Grüne) sah die Lösung für eine Aufwertung des Zentrums in einer Gestaltung des öffentlichen Raums anstelle von einzelnen Gebäuden. Sie verwies auf den vom Stadtrat angekündigten Gestaltungsplan. Martial Jacoma (Die Mitte) kritisierte, dass ein Eingreifen wie von den Freisinnigen vorgeschlagen zu Marktverzerrungen führen könnte. Ein Vorkaufsrecht könne allerdings ein geeignetes Mittel für die öffentliche Hand sein. Schliesslich meldete sich Silvia Helbling (FDP) zu Wort und meinte, die FDP könne mit ihrem Denkanstoss zufrieden sein. Die Diskussion um die «Problemliegenschaft» sei bereits älter als zehn Jahre, aber die anderen Fraktionen hätten bisher keinen brauchbaren Vorschlag gemacht. Sie bezeichnete das Postulat als guten Anstoss und empfahl die Überweisung an den Stadtrat. Das sahen alle anderen Fraktionen anders und schrieben den Vorstoss mit 21 gegen 7 Stimmen ab.

Gebühren an der Hauptentsorgungsstelle Adliswil Tüfi

Mit einer Interpellation wollte Kanny Muthuthamby (SP) in Erfahrung bringen, welche Wirkung sich der Zweckverband Entsorgung Zimmerberg mit der zu Beginn des Jahres eingeführten pauschalen Entsorgungsgebühr von 5 Franken bei Inanspruchnahme der Hauptsammelstellen verspreche. Ausserdem wollte er wissen, wie man ungewollte Nebeneffekte wie wildes Entsorgen oder Entsorgung über Haushalts-Kehrichtsäcke anstelle von Mülltrennung messen wolle. Schliesslich erkundigte er sich nach der Möglichkeit eines Gutscheins, ausgestellt von der Stadt Adliswil für die Adliswiler Haushalte, ähnlich dem Modell in der Stadt Zürich.

Der Stadtrat wies in seiner Antwort darauf hin, dass 70 Prozent der Besucher der Hauptsammelstelle Tüfi in Adliswil kostenfreien Abfall wie Altpapier, Glas und Karton entsorgen, damit aber die Tüfi stark auslasten. Die verschiedenen Müllfraktionen würden ständig mengenmässig erfasst und illegales Entsorgen würde registriert werden. Bisher habe man keine Steigerung feststellen können. Insgesamt erwartet der Stadtrat, dass mehr Abfall über Haussammlungen, an den Nebensammelstellen oder über den Detailhandel entsorgt werden. Einen Gutschein lehnt der Stadtrat ab, weil er seiner Ansicht nach zur Generierung von zusätzlichem Abfall führe.

Kanny Muthuthamby zeigte sich mit der Antwort nicht zufrieden. Zu Beginn des Jahres sei das Hauptargument die Steuerung der Benutzerströme bei den Hauptsammelstellen gewesen. Inzwischen zeige sich, dass die Benutzung der Tüfi stark zurückgegangen sei. Er befürchtet, dass dies auf Kosten der Mülltrennung, also des Recyclings geht. Die Schweiz sei bei der jährlichen Müllmenge pro Kopf in Europa an dritter Stelle. Besonders schlecht schneide die Schweiz beim Recycling-Anteil ab. Mittels mitgebrachten Kehrichtsack, einer grossen Platte aus Styropor und einer Pfanne demonstrierte er, dass man Styropor und Pfanne für deutlich weniger als 2 Franken mit der Kehrichtsack entsorgen kann anstatt den Müll zu trennen, indem man damit zur Hauptsammelstelle zu gehen und dort 5 Franken zahlt und dabei Zeit verliert. Die kurzsichtige Massnahme der Einführung der neuen Gebühr führe zu weniger

Mülltrennung. Kanny Muthuthamby appellierte an die Fraktionen, die ihn bisher unterstützt hatten, mit ihm gemeinsam ein weiteres Vorgehen in dieser Angelegenheit zu entwerfen. Florian Kälin (Die Mitte) teilte mit, dass seine Fraktion (Mitte/GLP/EVP) mit der neuen Gebühr einverstanden sei, ohne dies näher zu begründen.

Auswirkung der Lohnerhöhung beim städtischen Personal

Mittels einer Interpellation kritisierte die freisinnige Fraktion die Lohnerhöhung des städtischen Personals als falsches politisches Signal, weil die Privatwirtschaft wesentlich zurückhaltender agiert habe. Ausserdem wollten die Interpellanten wissen, welchen Einfluss die Lohnerhöhung von durchschnittlich 3,5 Prozent auf die städtischen Gebühren habe.

In seiner Antwort wies der Stadtrat darauf hin, dass ein grosser Teil des Schulpersonals nach kantonalen Vorgaben entlohnt werde. Der Stadtrat habe sich deshalb an den Lohnanpassungen des Kantons orientiert, um keine Ungleichheit beim Personal in Adliswil entstehen zu lassen. Ausserdem wolle er bei der Rekrutierung von Personal im Vergleich zu anderen Gemeinden und Arbeitgebern nicht an Attraktivität verlieren. Hinsichtlich der Gebührenentwicklung antwortete der Stadtrat, dass Gebühren annähernd kostendeckend gestaltet werden müssten. Die Auswirkungen der Lohnanpassungen seien allerdings nicht stark (0,4 Prozent des Budgets), so dass mit deutlichen Gebührenanpassungen oder gar Steuererhöhungen nicht zu rechnen sei.

In ihrer Begründung bezweifelte die Erstunterzeichnende Silvia Helbling (FDP), dass die Salärhöhe wichtig für die Attraktivität des Arbeitgebers Adliswil sei (und offenbarte damit, dass sie noch nie Einstellungsgespräche geführt hat). Sie bezeichnete das Mass der Lohnerhöhung von 3,5 Prozent als willkürlich.

Für die SP-Fraktion stellte Xheli Etemi klar:

Die Begründung für die Lohnerhöhung wurde bereits im Lohnbeschluss des Stadtrats vom 8. Dezember 2022 dargelegt. Darin wurden unter anderem die Lohnentwicklung in der Wirtschaft und die Teuerung als Gründe für die Lohnerhöhung genannt. Die politische Signalwirkung wurde ebenfalls berücksichtigt.

Wir von der SP-Fraktion sind der Meinung, dass der Stadtrat die Kompetenz besitzt, um solche Entscheidungen zu treffen und die Auswirkungen angemessen zu bewerten. Daher halten wir die vorliegende Interpellation für überflüssig und sehen keinen weiteren Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit.

Andere Fraktionen äusserten sich nicht zum Thema.

Damit endete die Gemeinderatssitzung bereits um 21 Uhr.